

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD/CDU/Grüne/EBB/FDP im Rat der Stadt Essen

Herrn
Oberbürgermeister
Thomas Kufen
Rathaus
45121 Essen

26.02.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Rat der Stadt Essen	27.02.2019	Entscheidung
Hauptausschuss	20.03.2019	Entscheidung

In Essen ist kein Platz für die antisemitische BDS-Bewegung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kufen,

die o.g. Fraktionen beantragen, der Rat der Stadt beschließt:
Städtische Einrichtungen stellen der BDS-Bewegung und den unterstützenden Gruppierungen keine Räumlichkeiten zur Verfügung oder unterstützen Veranstaltungen, die die Ziele der BDS-Kampagne verfolgen.

Begründung

Die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions) ruft seit vielen Jahren zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Boykott und damit einhergehend zur Isolation des Staates Israel auf. Dabei ist das Vorgehen der Bewegung mit ihren Methoden und Zielen als nicht nur anti-israelisch, sondern als eindeutig antisemitisch einzustufen.

Der Rat der Stadt Essen verurteilt die antisemitische und anti-israelische BDS-Kampagne und deren Boykottaufruf. Im Jahr 2018 gab die Einladung der Musikgruppe Young Fathers der Ruhrtriennale einen unrühmlichen Beigeschmack. Der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität Duisburg-Essen hat im Jahr 2017 einen entsprechenden Beschluss im Namen der Studierendenschaft mehrheitlich gefasst. Der Landtag NRW hat im September 2018 einstimmig mit einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, der BDS-Bewegung keine Einrichtungen des Landes NRW zur Verfügung zu stellen und Veranstaltungen dieser Organisation in keiner Weise zu unterstützen. Der Landtag NRW hat zudem den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen empfohlen, sich dieser Haltung anzuschließen. Dem kommt der Rat der Stadt Essen hiermit nach.

Mit freundlichen Grüßen

Vogel

Uhlenbruch

Schmutzler-Jäger

Backes

Schöneweiß